Nido

WIR SIND EINE FAMILIE

04/2014
WWW.NIDO.DE
DEUTSCHLAND 4,20 EURO
ÖSTERR. 4,80 EURO / CH 7,90 SFR /
BENELUX 4,90 EURO / ITALIEN 5,70 EURO

KINDERFOTOS IM INTERNET

WIE ELTERN VERANTWORTUNGSVOLL MIT BILDERN IHRER KINDER UMGEHEN

GÄRTNERN IN DER STADT

SALAT, MAIS, GURKEN: SO KANN MAN FAST ÜBERALL GEMÜSE SELBST ANBAUEN

TEURE KITAS

Sind die Betreuungskosten in Deutschland ungerecht? S. 106

ALLES AUS EINEM TOPF

DIE BESTEN REZEPTE FÜRS GEMEINSAME ESSEN

Auf den Bauch hören

Warum Intuition für Mütter und Väter immer noch der beste Ratgeber ist S. 18

JETZT WIRD'S BUNT

Frühlingshafte Deko-Ideen für die Wohnung S. 120

4 197995 404206 04

Der Preis ist heiß

Kitakosten belasten nicht nur den Familienhaushalt – sie bestimmen manchmal auch den Wohnort.

Wer in Kiel wohnt, zahlt für die Kita einheitlich 240 Euro. In Koblenz hingegen bis zu 430. Was Eltern für die Betreuung ihrer kleinen Kinder ausgeben, entscheidet jede Kommune selbst. Muss das so sein?

Es ist noch nicht lange her, da vereinbarten Eltern nach einem positiven Schwangerschaftstest nicht nur einen Arzttermin, sie meldeten das ungeborene Kind auch in sämtlichen Krippen der Umgebung an – in der Hoffnung auf das große Los: auf einen Betreuungsplatz.

Seit August vergangenen Jahres steht der Platz ihnen per Gesetz zu. In vielen Gegenden ist es immer noch Glückssache ob sie ihn dann auch bekommen. Aber noch mehr, was sie dafür bezahlen. Die Gebühren für die Betreuung der bis Dreijährigen variieren von Kommune zu Kommune um mehrere Hundert Euro. Jede Gemeinde bestimmt selbst, wie viel ihre Kitas kosten. Und so ist frühkindliche Bildung und Betreuung in Deutschland mal teuer, mal gratis, als hätte jemand wahllos Preisschilder über das Land verstreut. Passau? Kostet 150 Euro im Monat. Hagen im Ruhrgebiet? Macht monatlich bis zu 625 Euro.

Kitakosten haben großen Einfluss auf Familien: Sie entscheiden mit, ob und wann Eltern wieder arbeiten gehen, ob halb- oder ganztags. Für manche bestimmt der Kostenfaktor gar den Wohnort. Seit in Düsseldorf die Kindergärten gebührenfrei sind, können sich junge Familien die Stadt wieder leisten.

In manchen Städten sind die Kitagebühren gestiegen, seit es den Rechtsanspruch gibt. Man kann nur vermuten, dass einige Kommunen versuchten, mit der Erhöhung der Beiträge die Nachfrage zu drosseln. Längst hat sich Widerstand formiert gegen die Kostenwillkür. Eltern haben in Weimar, Gotha und Jena, auch in Göttingen und Leipzig gegen eine Erhöhung der Gebühren protestiert. Erfolgreich waren sie im vergangenen Jahr in Erfurt, wo eine Gebührenerhöhung um bis zu 200 Prozent geplant war.

Die Gebühren werden vom Bund nicht erfasst, sondern müssen in den jeweiligen Gebührenordnungen nachgeschlagen werden. Dabei wird ein West-Ost-Gefälle sichtbar: Eltern in Ostdeutschland zahlen meistens weniger für einen Kitaplatz als Eltern in den alten Bundesländern. Doch wie eine Bertelsmann-Studie von 2013 zeigte, sind die Kitas in den neuen Bundesländern personell schlechter aufgestellt. Kommen bundesweit durchschnittlich 4,5 Kinder auf eine Vollzeitkraft, sind es in Mecklenburg-Vorpommern 13,6.

„Frühkindliche Bildung hängt von der Finanzkraft einer Kommune und dem Familienbild eines Bürgermeisters ab"

Unabhängig von der Qualitätsfrage verlangen vor allem arme Kommunen mit hohem Schuldenstand hohe Beiträge, um ihrer Finanznot zu entkommen. Sozialpolitisch sei das ein Desaster, sagt der Politikwissenschaftler Achim Goerres. Zusammen mit seinem Kollegen Markus Tepe hat Goerres untersucht, unter welchen politökonomischen Bedingungen Kindergartengebühren entstehen. „In einer armen Kommune leiden Familien neben dem möglichen Quartierseffekt, also einer benachteiligten Umgebung, zusätzlich unter den hohen Kosten für die Bildung."

Wohlhabende Gemeinden gestalten ihre Kitagebühren einheitlicher. In Stuttgart zahlen die Eltern maximal 236 Euro für die Ganztagsbetreuung. Buchungszeiten und Geschwisteranzahl bestimmen hier die Höhe des Elternbeitrags, der sich in anderen Gemeinden auch nach dem Einkommen richtet. Manchmal in sehr feinen Abstufungen – in Hagen zum Beispiel gibt es vierzehn Tarife. Nur eines ist überall gleich: Einkommensschwache Familien zahlen nichts oder können eine Gebührenübernahme beantragen.

Und das sei auch gut so, sagt Katharina Spieß, Familien- und Bildungsökonomin am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin. Ansonsten drohe eine soziale Segregation, ohnehin würden Kitas schon vorrangig von Kindern aus bildungsnahen Familien besucht. Die Empörung über die unterschiedlichen Gebühren kann Spieß verstehen, trotzdem sagt sie: „Im internationalen Vergleich bewegen sich die Betreuungskosten der Kitas im Mittelfeld beziehungsweise im unteren Bereich. In Deutschland werden die Einrichtungen stark subventioniert."

Höchstens ein Drittel der tatsächlichen Kosten werden durch die Elternbeiträge gedeckt, selbst bei Kommunen mit hohen Tarifen. Vertreter aus Gemeinderäten, aus Verwaltung, Jugend- und Sozialverbänden legen zusammen fest, wie hoch die Elternbeiträge sein müssen. Wer am Festsetzungsverfahren teilnimmt, ist in jedem Land, in jeder Kommune so unterschiedlich wie die Gebühren selbst. Wie viel er in frühkindliche Bildung investieren kann und will, bestimmt jeder Ausschuss für sich.

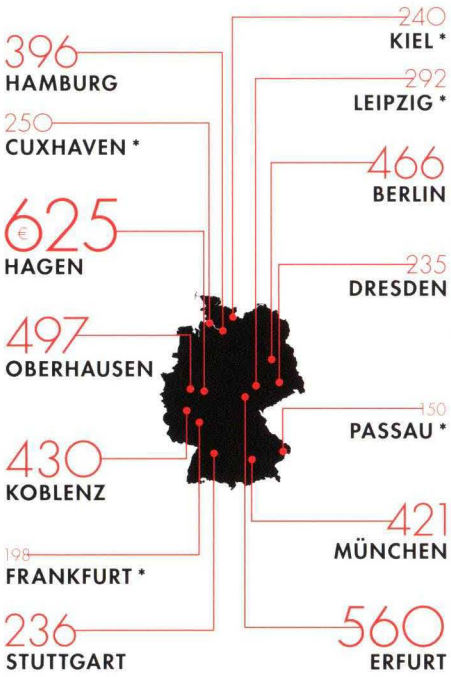
Ilse Wehrmann sagt dazu: „Die Entwicklung der Kinder in den ersten Jahren hängt von der Finanzkraft einer Kommune und dem Familienbild eines Bürgermeisters ab." Wehrmann, 63, ist Sozialpädagogin und Sachverständige für Frühpädagogik, sie berät Unternehmen beim Aufbau eigener Kindertagesstätten. Wehrmann fordert ein Bundes-Kita-Gesetz für einheitliche Qualitätsstandards und einheitliche Finanzierung, es fehle eine staatliche Steuerung: „Wir brauchen eine Kinderkasse oder einen Fonds, in den Bund, Länder und Kommunen, Wirtschaft und vielleicht auch Sozialversicherung einzahlen."

FOTO: JAAP SCHEEREN

WAS ELTERN ZAHLEN

KITAKOSTEN FÜR KINDER UNTER 3 JAHREN

(höchster Gebührensatz, längste Buchungszeit)



* Einheitssatz

ANZAHL DER UNTER DREIJÄHRIGEN IN TAGESEINRICHTUNGEN INSGESAMT:

3 213 165

2 327 622	885 543
im früheren Bundesgebiet ohne Berlin	in den neuen Ländern mit Berlin
BESUCHSQUOTE	BESUCHSQUOTE
19,8 %	44,5 %

Quelle: Statistisches Bundesamt, Daten 2013

Die Sozialpädagogin ist für eine Art Kita-Bafög als Basisfinanzierung in den deutschen Kitas: Für jedes Kind solle monatlich eine Summe von 600 oder 700 Euro staatlicher Förderung zur Verfügung stehen. Und auch wenn damit keine „totale Gleichheit" entstünde, so sei die Qualität der Betreuung zumindest nicht mehr von der Finanzkraft einer Kommune abhängig.

Wie so ein Bundes-Kita-Gesetz aussehen könnte, zeigt ein Entwurf der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi. Neben Vorschlägen zur Qualitätssicherung steht darin: „Der Besuch der Tageseinrichtungen für Kinder ist beitragsfrei." Frühkindliche Bildung zum Nulltarif, bundesweit? Die Ökonomin Katharina Spieß hält das im Moment noch nicht für erstrebenswert. „Warum nehmen wir nicht die Zahlungsbereitschaft gerade der besser verdienenden Eltern und nutzen sie für die Qualitätssicherung?" Außerdem seien die Kosten für eine Kita steuerlich absetzbar, wovon steuerzahlende Familien profitierten. Nichtsdestotrotz müssten die Gebühren dringend vereinheitlicht werden. Katharina Spieß plädiert zunächst für eine einkommensabhängige Gebührenordnung auf Länderebene.

S

omit blieben zwar immer noch sechzehn unterschiedliche Regelungen übrig, doch das Kostenchaos würde beendet: Die Einkommensstaffelung und die Gebühren für Geschwisterkinder wären zumindest auf Länderebene gleich.

Ein Bundesgesetz ist dagegen, laut Spieß, kurzfristig kaum umsetzbar. „Fast unmöglich", erklärt auch ein Sprecher des Familienministeriums. Es ergebe keinen Sinn, einen einheitlichen Gebührensatz zu verlangen. Die Kosten variierten ja wirklich von Ort zu Ort. Und schließlich sei Bildung Ländersache, Kinderbetreuung lokale Aufgabe der Kommunen. Daran werde sich so schnell nichts ändern.

Spieß schlägt stattdessen vor, die Bildungswege anzugleichen. Die Schule sei umsonst, warum nicht auch die Kita, zumindest für einige Stunden am Tag, zum Beispiel fünf? So würde zumindest ein gewisser Bildungsanteil

Ein Bundes-Kita-Gesetz? Kaum umsetzbar, denn Bildung ist Ländersache

vollständig abgedeckt. An den zusätzlichen Betreuungskosten müssten sich die Eltern beteiligen. Das Modell, das zum Beispiel in Hamburg ab August für Kinder ab einem Jahr eingeführt wird, hätte noch einen Vorteil: Es würde die frühkindliche Pädagogik aufwerten. Immer noch werden Pädagogen, die mit Schulkindern arbeiten, anders geschätzt und vergütet als solche, die Kleinkinder betreuen. Dagegen spricht sich auch Ilse Wehrmann aus, die sich „eine Pädagogik aus einem Guss" wünscht für Kinder von null bis achtzehn Jahren. Bildung beginnt mit der ersten Interaktion eines Säuglings. Demgegenüber wirkt das frühkindliche Bildungsangebot in Deutschland immer noch zusammengeschustert. Und selbst das wenige Erreichte wird infrage gestellt.

Der lauten Forderung nach bezahlbaren Kitas mit einheitlichen Qualitätsstandards liegt laut dem Politikwissenschaftler Achim Goerres eine sozioökonomische Veränderung zugrunde: Immer mehr Frauen mit Kindern gehen arbeiten, weil sie immer besser ausgebildet sind und sich herumgesprochen hat, dass Krippen dem Rabenmutter-Klischee zum Trotz nicht kinderschädlich sind. Auch bleiben Frauen nach der Geburt ihres Kindes auf dem Arbeitsmarkt, um sich vor einem späteren Armutsrisiko etwa durch Trennung vom Partner zu schützen. Die Nachfrage nach Kitaplätzen wird steigen. „Das Problem wird nicht allein sein, einen günstigen Platz zu bekommen", sagt Goerres, „sondern die Qualität des Personals." Wer einen Kitaplatz gefunden hat, hat also auch in Zukunft noch nicht automatisch das große Los gezogen. Und eines braucht man sicher weiterhin: Glück.